

Arbeits-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 3

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Strasse 1. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 15. Januar 1916

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Normalzeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der Betrag ist stets vorher einzulösen).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

30. Jahrg.

Verminderte Erwerbsfähigkeit infolge des Krieges.

II.

Unter den kriegsbeschädigten Arbeitern kann man im allgemeinen mehrere Gruppen unterscheiden. Zunächst sind da gelernte Arbeiter, die im Grunde sind, ihren früheren Beruf wieder auszuüben, weil sie die dazu nötigen Mittelmaße noch besitzen, oder weil die fehlenden Mittelmaße durch künstliche ersetzt sind. Für diese Arbeiter wird sich der Übergang ins wirtschaftliche Leben verhältnismäßig am leichtesten vollziehen. Viele von ihnen werden in den Betrieb wieder eintreten, in dem sie vor dem Kriege tätig waren, oder sie werden in einem ähnlichen Betriebe Unterkommen finden. Schlimmer schon steht es mit jenen gelernten Arbeitern, die infolge ihrer Verletzungen zu ihrem früheren Berufe ungeeignet sind und sich deswegen nach etwas andern umsehen müssen. Hier wäre es falsch, wenn man diese Arbeiter wollte irgendwo unterbringen, bloß damit sie untergebracht sind. Es erscheint volkswirtschaftlich sehr bedenklich, wenn diese früheren Qualitätsarbeiter vielleicht als Boten, Türsteher oder vielleicht im Kleinhandel herverwendet werden sollten, anstatt daß sie wirtschaftliche Werte höherer Art schaffen. Darum ist es notwendig oder wenigstens wünschenswert, daß sie in einem neuen Berufe, für den sie noch geeignet sind, angelehrt und ausgebildet werden. Hier soll eine sach- und sachgemäße Berufsberatung eingreifen, damit diese kriegsbeschädigten den richtigen Beruf finden, und es muß eine gut eingerichtete Arbeitsvermittlung hingekommen, damit sie in dem neuen Berufe beschäftigt werden. Die Arbeitgeber, die einen solchen Neuling aufnehmen, müssen natürlich zunächst alle mögliche Rücksicht walten lassen, und die Arbeitskollegen müssen ihm in jeder Weise zur Hand gehen. In den meisten Fällen wird er dann allmählich die volle Erwerbsfähigkeit wiedererlangen. Allerdings wird hierbei vorausgesetzt, daß der Betreffende nicht als Lohnbrüder auftritt und vielleicht einem vollwertigen Kollegen die Arbeitsstelle wegnimmt. Es liegt die Gefahr vor, daß gewisse Arbeitgeber unter dem Deckmantel väterlicher Gesinnung kriegsbeschädigte bevorzugen, um daraus einen Sondervorteil zu ziehen. Hier müssen die Arbeitsorganisationen ein scharfes Auge haben und jedem Veruche, Mißbrauch zu treiben, von vornherein die Spitze abbrechen.

Was die ungelerten kriegsbeschädigten anbetrifft, so stehen ihnen mancherlei Erwerbsmöglichkeiten zur Verfügung, wenn sie wieder hergestellt sind, und es wird die Aufgabe der öffentlichen Arbeitsnachweise sein, ihnen Arbeitsgelegenheit zu vermitteln. Während für die gelernten Berufe Sacharbeitsnachweise am Platze sind, deren Tätigkeitsgebiet allerdings nicht zu eng begrenzt sein darf, haben für die Ungelernten öffentliche Arbeitsnachweise Wert, die sich über ein möglichst weites Gebiet erstrecken und untereinander in fortwährender Verbindung stehen. Ein täglich erscheinender Arbeitsmarkt-Anzeiger, der die Beträge auf dem Arbeitsmarkte in bezug auf Angebot und Nachfrage regelmäßig erkennen läßt, wird hier gute Dienste tun. Allerdings genügt ein noch so guter Ueberblick über den Arbeitsmarkt allein nicht; wenn überhaupt Mangel an Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, so kann der Arbeitsnachweis nichts leisten. Es muß in diesem Falle durch die Behörden und auch durch private Vereinigungen Arbeitsgelegenheit geschaffen werden, eventuell durch Veranstaltung von Notstandsarbeiten. Wie sich das Wirtschaftsleben nach dem Kriege gestalten wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Die Meinungen darüber sind geteilt: die einen hoffen auf eine günstige Gestaltung der Dinge und damit auf eine günstige Lage des Arbeitsmarktes; die andern sind gegenteiliger Meinung und befürchten, daß eine wirtschaftliche Krise und damit eine große Arbeitslosigkeit eintreten wird. Für die Unterbringung der heimkehrenden kriegsbeschädigten wird es einen großen Unterschied ausmachen, ob diese oder jene

Vorhersage sich bewahrheitet. Ein Glück für die Arbeiterklasse ist es unter allen Umständen, daß der Zustrom der ins wirtschaftliche Leben zurückkehrenden Krieger sich nicht allzusehr überstürzen wird, weil sonst eine Stodung eintreten würde. Auch nach Beendigung des Krieges werden noch zahlreiche Soldaten in dem eroberten Gebiete als Besatzungstruppen zurückbleiben, was ihnen persönlich gewiß sehr unlieb sein wird, und ebenso werden die Lazarette und Heilanstalten ihre Insassen nur allmählich abgeben. Immerhin gewinnt hier die Frage der Arbeitsvermittlung eine noch größere Bedeutung, als dies bisher schon der Fall gewesen ist. Daß mit einer geordneten Arbeitsvermittlung auch eine ausreichende Arbeitslosenfürsorge Hand in Hand gehen muß, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Staat und Gesellschaft haben die Pflicht, sich der heimkehrenden Vaterlandsverteidiger, die noch keine Erwerbsgelegenheit gefunden haben, nach besten Kräften anzunehmen, da es doch nicht angeht, sie einfach ihrem Schicksale zu überlassen, wenn sie den Soldatenrod ausgezogen haben.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben an der Versorgung ihrer kriegsbeschädigten Kameraden nicht nur ein allgemein menschliches, sondern auch ein gewerkschaftliches Interesse. Deshalb wollen sie zu der Regelung dieser Frage hinzugezogen werden. Wo es sich um irgendwelche Beratungen handelt über vorzunehmende Schritte, wollen sie mit ihrem sachkundigen Urteil gehört werden, damit Bürokratismus und Dilettantismus keinen Anflug anrichten. Die Gewerkschaften und die Arbeitgeberorganisationen, die hierbei in erster Linie in Frage kommen, müssen bei der Lösung dieser ungemein wichtigen, aber sehr schwierigen Aufgabe zusammenwirken. Dies haben die Beteiligten auch erkannt; denn in mehreren Berufszweigen sind bereits Vereinbarungen getroffen worden, die die Wiederbeschäftigung kriegsbeschädigter Arbeiter regeln sollen, und in andern Berufszweigen sind solche Abmachungen zwischen Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen in Aussicht genommen. Die Hauptsache für die Gewerkschaften besteht darin, daß die Wiedereinstellung und Beschäftigung der Arbeiter mit verminderter Erwerbsfähigkeit keinen nachteiligen Einfluß ausübt auf die voll erwerbsfähigen Kollegen. Vor allen Dingen muß deshalb vermieden werden, daß die Unternehmer diese Leute als Lohnbrüder benutzen, indem sie ihnen mit Rücksicht auf die Rente einen niedrigeren Lohn zahlen als den üblichen. Darum müssen die Vereinbarungen die Bestimmung enthalten, daß die Entlohnung der kriegsbeschädigten, wenn es sich um Allarbeit handelt, nach den für alle übrigen Arbeiter geltenden Sätzen und Tarifen erfolgen soll, und daß Lohnarbeiter ihren Leistungen entsprechend zu bezahlen sind, wobei eine zunehmende Leistungsfähigkeit gebührend zu berücksichtigen ist. In zweifelhaften Fällen und bei Streitigkeiten entscheiden Schlichtungskommissionen.

Eine besonders wichtige Forderung ist es, daß die vom Staate gezahlten Renten nicht gekürzt werden dürfen oder gar wegfallen, wenn sich die Erwerbsfähigkeit des Betreffenden steigert. Die Rente soll eben eine Entschädigung sein für erlittene Schmerzen und Unannehmlichkeiten und eine dauernde Anerkennung für die dem Vaterlande geleisteten Dienste. Sie soll auch ein Ansporn sein für den kriegsbeschädigten Arbeiter, damit seine Arbeitsfreude wächst und seine Arbeitskraft zunimmt, weil er weiß, daß er durch eine größere Leistung sich und den Seinen ein besseres Fortkommen schafft. Das Bewußtsein, daß die Rente sein lebenslangliches Eigentum ist, wird seine Arbeitsfähigkeit fördern, während die fortwährende Angst, sie zu verlieren, das Gegenteil bewirken würde. Dann wird ihm die Arbeit einen wirklichen Genuß bieten, und sein Leben wird einen Inhalt bekommen, der das Dasein wertvoll erscheinen läßt. So erscheint denn die Beschäftigung der Arbeiter mit verminderter Erwerbsfähigkeit als eine Errungenschaft von weittragender Bedeutung, die unsere ganze Aufmerksamkeit verdient.

Die Unternehmerverbände und der Burgfriede.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. David hat kürzlich in einer Rede im Reichstag bemerkt, daß nach dem Kriege die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit wahrscheinlich noch schärfer werden würden. Gewiß gibt es zurzeit manche hochstehende Persönlichkeiten, die das verhindern möchten und eifrig daran arbeiten, daß man sich besser verstehen lerne und Kämpfe, die unvermeidlich sind, mit reinen Waffen führe. Nach ihrer Ansicht soll das Erhabene, das dieser Krieg auslöste, in die Friedenszeit hinübergerettet werden, gilt es doch so Vieles aufzubauen, das der Krieg zerstörte.

Wer scharf zusieht, wird diesen Bestrebungen, so anerkennenswert und nötig sie sind, skeptisch gegenüberstehen. Denn gerade die einflussreichsten Kreise wollen nichts davon wissen, wenn auch einige äußerlich mitmachen. Die treibende Gruppe im Wirtschaftsleben, die Scharfmacher, haben jedenfalls noch nicht „umgelernt“, sondern sind eifrig bemüht, ihren alten Plänen zum Siege zu verhelfen. Dabei erkennen sie gern den Burgfrieden an und loben ihn jeden Tag. Sie wünschen sogar seinen Fortbestand auch nach dem Kriege.

Fast alle Waren sind teurer geworden, nur nicht die Ware Arbeitskraft, obwohl doch gerade sie die kostspieligste in ihrer Erhaltung ist. Charakteristisch dafür ist, daß die Unternehmer im Baugewerbe die Gewährung einer Teuerungszulage sogar verbieten. Wie der „Zimmerer“ mitteilt, ist unlängst in Breslau die Firma Tischerer dafür, weil sie eine Teuerungszulage von 2 1/2 pro Stunde gewähre, durch den Arbeitgeberverband in eine Buße von M. 300 genommen worden.

Wie von dem Arbeitgeberverband verfahren wird, zeigen auch folgende Vorgänge in Mainz. Die Bauarbeiter kamen mit den Unternehmern überein, von den Bauauftraggebern einen Aufschlag von 10 pZt. auf die Bausumme zu fordern. Als eine gemeinsame Kommission beim Herrn Teuerungszulage ohne weiteres anerkannte. Er erklärte, daß er die Gründe der Arbeiter für die Bewilligung von Teuerungszulagen ohne weiteres anerkannte. Er erklärte sich ferner bereit, alle Verträge, die vor dem Kriege geschlossen, einer Revision zu unterziehen und sie der jetzigen Zeit anzupassen, soweit dies nicht bereits geschehen sei. Soweit er aber unterrichtet wäre, seien die alten Verträge schon geändert, so daß sie den Teuerungsverhältnissen bereits angepaßt seien. Bei allen Verträgen, die in diesem Jahre abgeschlossen seien, sei die Teuerung vollständig berücksichtigt. Die Unternehmer seien wohl in der Lage, ja sie seien verpflichtet, Teuerungszulagen zu geben. Darauf erklärte der Vertreter der Unternehmer, durch einen Beschluß des Mitteldeutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe gebunden zu sein, keine Zulagen zu zahlen. Der Scharfmacherverband ist also die Ursache, daß die Arbeiter die ihnen von der Gemeinde bereits gewährte Teuerungszulage nicht erhalten.

Von den Unternehmern wird gelegentlich auch lobend erwähnt, daß die Gewerkschaften sehr große Summen für Unterstützungen aufbrachten und dadurch das „Durchhalten“ erträglicher machten. Ein Teil davon kommt direkt den im Felde Stehenden zu; denn die Kriegerfrauen schicken doch sehr viel ins Feld. Die Kassen der Unternehmer sind dagegen bisher nicht nur nicht in Angriff genommen, sondern sogar geschont und teilweise noch aufgebessert worden.

Wir sehen also: mit allen Mitteln wollen die Scharfmacher verhindern, daß die bisherige Lebenshaltung der Arbeiter aufrechterhalten bleibt. Auch in andern Fragen wird der bisherige arbeitgeberfeindliche Kurs beibehalten. Daß es im allgemeinen Interesse liegt, den Arbeitsnachweis zu zentralisieren und zu kommunalisieren, ist wiederholt nachgewiesen worden. Unter allen Umständen soll der Unternehmernachweis als wirksames Kampfmittel erhalten bleiben. Ueber die Beschäftigung der Kriegsinvaliden und ihre Entlohnung wird jetzt in Unternehmertreisen viel diskutiert und allmählich eine Richtlinie geschaffen, die dahin geht, die gewerkschaftliche Hilfe den Kriegsinvaliden unmöglich zu machen und sie allein auf das Wohlwollen der Unternehmer anzuhängen. Einen neuen Beweis hierfür liefert die Tagung des Mittelrheinischen Fabrikantenvereins und der Süddeutschen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, die am 16. Dezember in Frankfurt a. M. stattfand. Syndikus Neemann-Mainz führte aus: „Die Entlohnung der kriegsbeschädigten habe grundsätzlich nach deren Leistungsfähigkeit zu erfolgen, und zwar ohne Berücksichtigung der Invalidenrente. Im dringenden Interesse der Unterbringung der kriegsbeschädigten liege es aber, von einer Einmischung durch Behörden, Gewerkschaften oder sogenannten paritätische Organe abzusehen. Ebenso sei die Absicht zu verwerfen, die Frage durch besondere Tarifverträge reglementieren zu wollen.“

So, jetzt wissen wir, was geplant wird. Man will die Gewerkschaften ausschalten; das ist das Ziel der Unternehmungsorganisation. In jeder Nummer der Arbeiterzeitung aber ist zu lesen: „Der Bürgerkrieg darf nie und nimmer mit dem Krieg zu Ende gehen.“ Am Ende werden es also wieder die Arbeiter sein, die den Bürgerkrieg gezwungen haben. Und diese Auffassung in der Öffentlichkeit zu erwecken, ist Zweck der Zeitung.

Wirtschaftliche Rundschau.

Wollanverkehr und Ueberseehandel. — Kontinentale Politik und Weltwirtschaft. — Handelsfreiheit und Kriegswirtschaft. — Regelung der Rohstoffversorgung nach dem Kriege. — Kampf gegen maßlose Preisforderungen. — Gleichmäßigkeit des Betriebs. — Zentralisierung der Bezahlung ausländischer Bezüge. — Ausfuhr- und Einfuhrbeschränkung. — Bildung eines amerikanischen Kupfertrusts.

In einer Jahresrede betonte der Präsident der Hamburger Handelskammer neben der Selbstverständlichkeit, daß in einer möglichst baldigen Wiederherstellung des Handelsverkehrs nach Beendigung des jetzigen Krieges eine außerordentlich wichtige Aufgabe erblickt werden müsse, auch die Notwendigkeit, allen Auffassungen und Bestrebungen entgegenzuwirken, die auf eine Unterschätzung der Bedeutung des Außenhandels und besonders des Ueberseehandels abzielen. „Die durch die politischen Verhältnisse in den Vordergrund getretene kontinentale Politik“, merkte er weiter, „darf in ihrer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands nicht überschätzt werden. Der bisherige Handel Deutschlands zum Beispiel mit den Balkanländern stellt in der Ausfuhr einen Wert von 113 Millionen Mark, in der Einfuhr einen Wert von 100 Millionen Mark dar, das heißt 3,10 pzt. der gesamten Ausfuhr und 1,85 pzt. der gesamten Einfuhr Deutschlands. So wichtig es sein wird, diese Bezugs- und Absatzmöglichkeiten nach dem Frieden energisch weiter auszubauen, so grundsätzlich würde es sein, deswegen Deutschland von der Pflege und weiteren Ausdehnung seiner überseeischen Handelsbeziehungen in ein anderes Fahrwasser abzuwenden.“ Gegen wen diese Polemik sich richten soll, ist nicht recht verständlich, denn von keinem Menschen, der ernst genommen wird, ist als Folge unserer Orientpolitik eine künftige Beschränkung unserer überseeischen Handelsbeziehungen auch nur angedeutet, geschweige denn gefordert worden. Mit der Fortführung und Erweiterung unserer Orientinteressen kann und soll Deutschland in Gemeinschaft mit Oesterreich-Ungarn allerdings eine neue kontinentale Politik betreiben, neu darin, daß sie die Bildung eines großen einheitlichen Wirtschaftsgebietes anstrebt und den friedensstörenden Einfluß Englands in Europa ausschalten müßte und könnte. Deutschlands wirtschaftliche Stellung würde durch eine derartige Zusammenfassung der Kräfte Kontinentaleuropas natürlich keine wesentliche Besserung, sondern im Gegenteil eine ungemein reiche Förderung erfahren.

Der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit widersprechen die Forderungen verschiedener Handelskorporationen, daß die während des Krieges ins Leben getretenen zentralen Organisationen für den Vertrieb der verschiedenartigsten Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter nach dem Kriege möglichst bald ihr Ende zu erreichen können, damit die freie Betätigung von Handel und Industrie wieder unbeschränkt einsehen könne. Von den großindustriellen Verbänden, denen man gerade eine Schwärmerei für Eingriffe des Staates in das Bestimmungsrecht der Industrie nicht nachsagen kann, ist im Gegensatz dazu eine Regelung der Rohstoffversorgung für die Zeit nach Beendigung des Krieges auf das nachdrücklichste verlangt worden. Daß wirtschaftliche Maßnahmen in dieser Richtung erfolgen werden, steht dem auch ganz außer Zweifel; es würden die bedenklichsten Anläufe eintreten, wenn nach der Wiederherstellung des freien Verkehrs der Bezug von Rohstoffen der Willkür jedes einzelnen Betriebes überlassen würde. Was der freie Handelsverkehr bei der Einfuhr von Waren während des Krieges durch maßlose Preisüberbietungen in Rumänien

und in den skandinavischen Ländern bewirkt hat, ist arg genug, wäre aber nur ein harmloses Vorspiel gegenüber den Verhältnissen, die sich bei uneingeschränkter Handelsfreiheit nach dem Kriege einstellen müßten. Nicht nur der Schutz gegen verhängene Preisforderungen der ausländischen Verkäufer gebietet nach Friedensschluß die Fortsetzung sogenannter Kriegswirtschaftlicher Tätigkeit, es kommt dabei in Betracht, daß durch ein Unterlassen einheitlichen Vorgehens bei der Rohstoffversorgung die industrielle Tätigkeit wahrscheinlich schweren Störungen ausgesetzt würde, da auf dem einen Gebiet viel leicht Rohstoffüberfluß, auf andern Gebieten aber Rohstoffmangel herrschen würde. Je kapitalkräftiger ein einzelnes Unternehmen oder eine bestimmte Wirtschaftsgruppe ist, um so mehr wäre bei einem Wendenlassen der Dinge zu befürchten, daß weniger finanzstarke Betriebe von der Deckung ihres Materialbedarfs ausgeschlossen blieben. Nicht zuletzt ist die Arbeitererschaft lebhaft an einer planmäßigen Organisation des Rohstoffbezuges interessiert, weil die möglichst gleichmäßige Aufnahme des ordentlichen Betriebes davon natürlich in einem besonders hohen Maße abhängig ist.

Ferner ist mit der Regelung der Rohstoffversorgung eine solche der Verkehrsmittelverwendung verbunden; denn die Reservierung von Schiffsräumen zum Beispiel wäre allein ausreichend, um die schönsten Pläne für die Verteilung von Rohstoffen hinfällig zu machen, wenn diese Reservierung in einem übermäßigen Umfang zugunsten einzelner Interessenten erfolgte. Gerade die Verteilung des Schiffsräumens nach einem gerechten Schlüssel wird sich als besonders erforderlich erweisen, da der an sich zur Verfügung stehende Schiffsräum in Folge der Vernichtung zahlreicher Handelsschiffe wesentlich geringer als in den Zeiten vor dem Kriege sein wird. Ebenso wird eine Zentralisierung der Bezahlung für Bezüge im Ausland nicht zu entbehren sein. Das Wirtschaftsleben könnte bei Verkehrsformen, die nur auf privatwirtschaftliche Interessen Rücksicht nehmen, auch durch den privaten Zahlungsausgleich schwer verletzt werden. Bemerkenswert sind die Anregungen, die Ausfuhrtätigkeit für mancherlei Industrien zu organisieren, die sonst auf eine Ausfuhrfähigkeit weniger eingestellt waren. Dabei wird nicht erst an Geschäfte nach Friedensschluß gedacht, vielmehr gehen die Vorschläge darauf hinaus, gerade jetzt diese Ausfuhrfähigkeit in die Wege zu leiten. Dem einzelnen Industriellen wird die Möglichkeit zu derartigen Geschäften oft sehr erspart sein, besonders in den Fällen, in denen das in Frage kommende Unternehmen seine Tätigkeit früher ganz auf das Inland beschränkte. In Verbindung damit sind die Wahnungen zu erwägen, die Einfuhr von Waren, die entbehrlich sind, nach Kräften einzuschränken. Das wird nicht nur selten weit mehr möglich sein, als man zumeist annimmt, eine derartige Selbstbeschränkung würde unsere Zahlungsbilanz günstig beeinflussen und volkswirtschaftlich außerordentlich wertvoll sein.

Wie die Baumwollversorgung, ist auch die Kupferversorgung Deutschlands durch die Maßnahmen der amerikanischen Spekulation, die den Baumwoll- und Kupfermarkt beherrscht, in einschneidender Weise beeinträchtigt worden. Für die Unentbehrlichkeit einer Organisation der Rohstoffversorgung nach Friedensschluß spricht auch die Meldung, daß ein amerikanischer Kupfertrust, der seit Monaten in der Entstehung begriffen ist, jetzt mit seinen Plänen an die Öffentlichkeit tritt. Nach einem Bericht der „Köln. Ztg.“ wollen die Guggenheims und die Morgan-Interessen, die schon seit Jahren zusammenarbeiten, mit Hilfe anderer Kreise der Großfinanz des Unternehmens zustande bringen, das den Namen Kennecott Copper Corporation tragen wird. Diese Gesellschaft besteht bereits seit Ende April mit sechs Millionen Dollar Kapital und besitzt die Kennecott-Gruben in Alaska. Es soll die Beherrschung des Kupfermarktes noch mehr als bisher berengt werden, was mit einer Verstärkung monopolistischer Gelüste gleichbedeutend ist. Besonders müßte die Wirtschaft der amerikanischen Kupferpekulation im Jahre 1907; sie trieb damals den Preis bis auf 112 Pfund Sterling für die Tonne, ein Preis, der dann bis

auf 55 Pfund stürzte. Für die Kupfer verarbeitende Produktion sind derartige Preisereignisse natürlich von schwerem Uebel, die Stellung der deutschen Industrie würde durch die Erschließung neuer Kupferquellen, die außerhalb des Machtbereichs amerikanischer Spekulation liegen, eine beträchtliche Kräftigung erfahren. Julius Kallisi.

Von unsern Kollegen im Felde.

Von der Filiale Cassel wird uns berichtet: Zum Unteroffizier befördert und das Eisene Kreuz erhalten die Kollegen Georg Werner aus Wellerode und Hermann Weinreich aus Oberalshausen. — Ferner haben die Kollegen Heinrich Baum aus Manshausen, Johannes Bauer aus Röhre, Mitglieder der Filiale Marburg, das Eisene Kreuz erhalten, ebenfalls Kollege Karl Müller, Mitglied der Filiale Arnberg.

Aus unserm Beruf.

Schwer verunglückt. Im Betriebe der Carowerte zu Lichtenberg-Berlin sollte am 6. Januar ein großes Schwungrad transportiert werden, wobei auch der achtundvierzigjährige Maler Hermann Wachholz beiläufig war. Unterwegs rutschte das Rad einem der Träger aus der Hand, die schwere Last fiel zur Erde und ritz dabei Wachholz mit. W. stürzte so unglücklich, daß er unter das Eisenrad geriet, dessen Mandzähne ihm die Bauchdecke aufrißen. Mit schweren Verletzungen wurde der Verunglückte in bestmöglicher Weise zum Krankenhaus geschafft.

Zu der Ausstellung von Arbeiten Kriegsverletzter Maler und Aufstreicher in Gelsenkirchen wird der „Malerzeitung“ in Leipzig berichtet:

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge der Stadt Gelsenkirchen ist vor allem darauf bedacht, jedem Verwundeten durch die Anwendung wissenschaftlicher und technischer Hilfsmittel seinen Platz im Leben möglichst zu sichern. Auf welche Weise dies zu erreichen ist, zeigt ersichtlich die vor einiger Zeit im Verein veranstaltete Ausstellung von Arbeiten Kriegsverletzter. Dem damaligen allgemeinen Kursus an der gewerblichen Fortbildungsschule war nützlich außerdem noch ein besonderer Fachkursus für Maler angegliedert. Die Ausstellung der Arbeiten der an diesem Kursus beteiligten Kriegsverletzten fand in den Räumen der gewerblichen Fortbildungsschule statt.

An dem Kursus haben anfänglich 16 Kriegsverletzte teilgenommen. Er gliederte sich in einen theoretischen und praktischen Unterricht. Im theoretischen wurde Buchführung, Geschäfts- und Fachkunde, im praktischen Schrift-, Ornament- und Gegenstandszeichnen gelehrt. Die übersichtliche Ordnung der ausgestellten Arbeiten zeigte deutlich den Wert des Unterrichts. Mit der Zeichnung mit Kohle und Tusche wurde begonnen, zunächst an einfachen Körpern, dann an Metallgegenständen und Porzellan. Es folgten Ornamente, Zeichnungen und Skizzen nach der Natur, Aquarelle, Malereien, Umarbeitungen nach Naturstudien, zu Dekorationen, Landschaften, Zeichnungen auf Glas, Flächenbelegung durch Pinseltechnik, Wand- und Deckenmalerei. Von hohem Interesse waren die Holz- und Marmorarbeiten und die Fabrikmalereien. (Der Urheber der letzteren ist ein Verwundeter, der an der rechten Hand gelähmt ist.) In der Ausstellung für Holz- und Marmorarbeiten fand sich eine vorzügliche Arbeit, die von einem Kriegsverletzten ohne jede Vorbildung nach einer amöblichen Uebung hergestellt ist.

Die im Beschäftigungskursus hergestellten Arbeiten erregten gleichfalls das rege Interesse der Besucher. In diesem Kursus wurden hauptsächlich Flecht-, Knopf- und Papparbeiten, Holz- und Deckenarbeiten und Schnitzereien verfertigt. Schließlich sind noch zu erwähnen die Arbeiten des theoretischen Unterrichts und diejenigen des Kursus für Hinkshändige. An dem letzteren nahmen 55 Mann teil. Man war geradezu erstaunt über die Leistungen,

Aus Feldbriefen unserer Kollegen.

Von einem Mitgliede der Filiale Berlin erhalten wir aus Ostland nachstehenden Brief. Der betreffende Kollege gehört zu denen, die im Kriege „umgelernt“ haben.

Kameraden und Organisierte!

Ein blutige Saat ist aufgegangen; Lüge, Reid und Hochverrat sie schon 1909 gesät, und Vernichtung des Handelsvertrages Gegner, Deutschland, sollte die Ernte im Jahre 1914 sein. Ein Jahr furchtbaren Ringens auf den Schlachtfeldern sah das deutsche Volk Siege erkämpfen, die uns heute überall auf Feindesboden stehen lassen. Man würde es ein Wunder nennen, daß wir Deutschen 1918 noch aufstehen, trotz lahmgelagerten Welthandels und großer Arzelenflut, trotz amerikanischer und japanischer Mission, trotz französischem Trommelfeuer und schrecklichen Soldatenmillionen. Und dieses Wunder auf seine Ursachen zu prüfen, ist die heiligste Pflicht aller, die diesen Kampf überleben; denn das sind Kaufleute für die Zukunft, die als förmliches Vermächtnis der Gewerkschaft zum Aufbau für ein neues Leben dienen sollen.

Wer fragt nach Stand und Namen bei uns, wenn die allgemeine Gefahr alle zu einer lebenden Mauer zusammenführt, wenn der einzelne nur in der Gemeinschaft des Handels, im Stragen von Leiden und Strapazen in der Aufrechterhaltung für die Gesamtheit sein Bestes zu leisten geben kann? Das Schicksal hat uns gemeinsam an eine gefährliche Stelle des Kampfes gestellt, jede Gefahr kann unser Dasein bedrohen, wir können uns nicht vom Tode der Gefahr entfernen; da ist jeder Kamerad ein Kamerad, mit dem wir zehntausend verleben sind, wo an keinem Leben das unsere hängt und die Gefahr ihn zum wahren Menschenbruder werden läßt. Wir leben der letzten Pfunde der für die Gewerkschaft. Auch wenn die Gefahr unsere will ich dein Kamerad sein, dir wird es möglich die schweren Stunden erleiden, mit

dir bis zum Tode wahrer Mensch sein, damit man zu meiner Ehre und zu meinem Gedächtnis sagen kann: Er war ein Kamerad.“ Es wäre die größte Errungenschaft dieses Krieges, wenn das Gefühl für das kameradschaftliche Verhältnis, das im Schützengraben geboren wurde, den bestehenden Kreisen auch in Zukunft nicht verloren ginge.

Solche Auffassung tut uns bitter not, wenn wir die Folgen eines solchen Krieges überwinden wollen. Denn daß es möglich war, diesen Vernichtungskampf durchzuhalten, verdanken wir dem Staat, der die soziale Hilfe in weitgehendstem Maße hat einrichten müssen und in einer Form, von der man in Friedenszeiten weit entfernt war, an die man in den Überdachten niemals gedacht hat. Wenn jetzt die höheren Töchter im Vaterländischen Frauenverein als Schwestern und im Soldatenheimen praktische Liebestätigkeit üben, so lernen sie dabei die soziale Hilfe persönlich miterleben, ein Unterschied gegen die oberflächliche, offizielle Wohltätigkeit vor dem Kriege, die mit Geldspenden und Festbanketts die Verpflichtung zur sozialen Hilfe ablöste. Möge man zukünftig begreifen, daß der schönste Lohn dafür, den schweren Tatenkampf der Menschen mit dem Balsam der sozialen Hilfe zu lindern, die Befriedigung ist, ohne Aufforderung und jenseits der großen Öffentlichkeit das Zeigende getan zu haben. Wenn in den langen Nachtstunden des Krieges bei flackerndem Kerzenlicht unser Gemüt zur Selbstbeobachtung kam, dann waren wir ergriffen von dem Gedanken, wie vieles wir in unserm bisherigen Leben versäumt haben, und der Wunsch regte sich mächtig, falls das Schicksal uns das Leben vergönnt, das Versäumte nachholen zu können. Aus dem Gleichmaß des alltäglichen Lebens gerissen, fern von unserer gewohnten Umgebung, lernen wir begreifen, daß jede Stunde, die wir als wirklicher Freund und Kollege durchleben, ein kostbarer Schatz für den Alltag ist, ein Schatz, den wir unentgeltlich mit der Erinnerung durch unser Leben tragen. Haben wir in diesem Sinne im ersten Kreise

unserer Familie gelebt, haben wir so unsern Eltern, Geschwistern und Kindern gegenüberstanden, haben wir unsern Frauen über den Alltag hinaus die Bürde des Lebens leichter gemacht? Wohl uns, wenn wir mit Ja antworten können. In wieviel Fällen aber hat jeder seine Bürde allein getragen, hat an dem andern vorbeigelebt und hat selbstständig beim Genießen nur an sich gedacht! Im Frieden zeigte der Kampf uns das innere Gefühl und die Vernichtung des Schwachen, in der Not des Krieges lernten wir wieder Gefühl dafür haben, wie weit wir uns voneinander entfernt hatten. Wollen wir das für die Zukunft nie vergessen und in jedem Falle danach handeln. Wer noch nicht den Wert der Organisation begriffen, der Krieg hat ihm gezeigt, deutlich und unübergehrlich, wie nötig der Zusammenschluß ist zur Abwehr und zum Erfolg! Was hat der Krieg organisiert? Die Gesamtheit aller Kräfte war vor die Aufgabe gestellt, sich zur höchstentwickeltesten Kriegsmaschine auszubilden. Was der einzelne auch vorher tat im friedlichen Leben, die gemeinsame Gefahr schuf in ihm den Willen, sich der großen Aufgabe anzupassen, ein Bündnis zu schloß und Trutz mit allen Gleichgesinnten zu schließen und seine Kräfte für den Kampf zu organisieren. Wer in den Augusttagen 1914 den Ausmarsch mit ansah, wer Mannschaften, Pferde und Wagen an sich vorbeiziehen ließ, der konnte das stolze Gefühl nicht unterdrücken: Welch gewaltige Organisation für den Krieg, welche großartige Vereinigung von Mitteln und Kräften zur rechten Zeit, welche furchtbare Waffen für unsern Gegner! Wer nie das Bewußtsein staatlicher Gemeinschaft befaßte, wer sich niemals als Staatsbürger, als Glied im Kettengetriebe des Lebens gefühlt hatte, hier mußte zum ersten Male der Gedanke auftauchen, der beim Anblick der Kriegsorganisation unabwiesbar wurde: „Einer für alle und alle für einen!“ Ein zweites Wunder vollzog sich zum Erlaunen unserer Feinde. Die sozialdemokratischen Arbeitermassen, die als Objekt der Staatsregierung kein Staatsgefühl mehr haben sollten, sie begriffen den Ernst

die von den Kriegsverletzten Malern und Anstreichern, von denen nur ein einziger Vorbildung hatte, unter der vorzuziehenden und sachkundigen Leitung ihrer Lehrer vollbracht haben. Die Ausstellung zeigte, daß die meisten Verwundeten trotz ihrer Verletzung ihren bisherigen Beruf mit Erfolg weiter ausüben können.

Baugewerbliches.

Ueber die Beschaffung von Arbeitskräften für den Wiederaufbau Ostpreußens macht der Geschäftsführer des Ostpreussischen Arbeitsnachweisverbandes, Dr. Michalle, im Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe eine Reihe bemerkenswerter Angaben. So wurden im verfloßenen Jahre nur die nötigsten Unterkunftsräume, meist Holzbauten, fertiggestellt. Die eigentliche Bautätigkeit wird erst im Frühjahr 1918 aufgenommen werden. Aber schon für die geringfügige Bautätigkeit in diesem Jahre stieß die Beschaffung von Arbeitskräften auf große Schwierigkeiten. Es sind in Ostpreußen 34 000 Gebäude wieder aufzubauen, was vom ostpreussischen Handwerker allein nicht geleistet werden kann. Im ganzen Baugewerbe Ostpreußens dürften kaum 10 000 Arbeiter tätig sein. Es wurden Tarifverträge abgeschlossen und, um den Bezug auswärtiger Arbeitskräfte zu erhöhen, wurde diesen noch eine Tageszulage zugesprochen. Der Gesamtlöhnsatz von etwa 70 % war für ostpreussische Verhältnisse hoch, doch bald überboten sich die Arbeitgeber in den Lohnangeboten, so daß jetzt als Durchschnittslöhnsatz 80 % bis 90 %, in manchen Kreisen 1 und bedeutend mehr gezahlt wurden. In der Zeit vom 1. Juli bis 30. November 1916 wurden durch die Arbeitsnachweise 682 Bauhandwerker und 244 Fischer von auswärts vermittelt. Viele Arbeiter sind von den auswärtigen Firmen mitgebracht worden. Für zahlreiche auswärtige Arbeiter war es eine recht harte Enttäuschung, daß für die Unterkunft und die Verpflegung in den zerstörten Gebieten nicht genügend gesorgt war. Der Oberpräsident ist erucht worden, die Gemeinden zur Vereinstellung der nötigen Unterkunfts- räume anzulassen. Es werden jetzt Vorbereitungen getroffen, die nur garnisondienltfähigen ostpreussischen Bauhandwerker heurlauben zu lassen und gleiche Beurteilungen auch bei außerostpreussischen Armeekorps zu erwirken. Ferner wird versucht werden, Bauarbeiter in den besetzten Gebieten Polens und Litauens anzuwerben. Endlich wird der Oberpräsident dafür Sorge tragen, daß Gesellen und Arbeiter aus der verfügbaren Zahl der Kriegsgefangenen in ausreichendem Umfange bereitgestellt werden; entsprechende Zusicherungen der Militärbehörden wurden bereits gegeben. Es ist wohl selbstverständlich, daß die Kriegsgefangenen nicht als Lohnarbeiter benutzt werden.

Gewerkschaftliches.

Die Einheit der Partei geht auch die Gewerkschaften an. In einem Artikel „Rückblick auf das Jahr 1916“ erwähnt das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ auch die bellagenswerten Vorgänge in der sozialdemokratischen Fraktion. Es schreibt dazu: „Auch die sozialdemokratische Partei nahm am Kriegsbeginn die gleiche selbstverständliche Haltung ein, deren Ausdruck die Bemilligung der Kriegskredite am 4. August und 2. Dezember 1914 war. Diese Haltung ist indes leider durch eine Minderheit der Reichstagsfraktion in wachsendem Maße erschüttert worden. Am 2. Dezember 1914 stimmte nur der Abgeordnete Liebnecht gegen die Kredite, und der Abgeordnete Kühle erklärte sich mit ihm eines Sinnes. Seitdem ist aus diesen paar Eigenbrötlern eine von Abstimmung zu Abstimmung wachsende Minorität geworden, die sich bald nicht mehr mit dem Austrag des Kräfteverhältnisses in der Fraktion begnügte, sondern den Zwiespalt auch im Reichstag selbst behandelte; anfangs durch Stimmhaltung und Stinausgehen, in der Sitzung

der Stunde und waren ihre Organisationen in die Wagschale für Freiheit und Vaterland. Einig, opferbereit und glänzend gerüstet, die höchsten Eigenschaften zum Kriegsführen, haben dem deutschen Volke zu unergleichen Lasten verholfen. Fürchterliche Opfer an Gut und Blut haben dem Deutschen das Gefühl der innigsten Gemeinschaft wiedergegeben, den Stolz seiner unbeflegbaren Kraft und den jähen Widerstand im Wirtschaftsleben. Die Wiederverwertung des Staatsgefühls und das Bewußtsein, ein gleichberechtigter deutscher Staatsbürger zu sein, sind Errungenschaften der jetzigen, aufgeopferten Generation, die nie wieder verloren gehen dürfen, für die so ungeheures Blut geflossen ist. Und denken wir an die große Erschöpfung, die für ganz Europa eintreten muß, wenn der Krieg sich um ein weiteres Jahr verlängert, an die Menschenopfer, die er bisher gefordert, dann kann kein noch so gut gemeinter Vergleich diese Opfer ungeschwiegen machen.

Und nun wende ich mich zum Schluß an die Kollegen im Beruf und werfe zum Vergleich die Frage auf: „Wie hat es mit all diesen Eigenschaften bei uns vor dem Kriege gestanden?“ Denke jeder darüber nach, was die Zukunft von ihm verlangt, wie er den im Kriege Gefallenen das große Opfer dankt und in Liebe und Treue das Vermächtnis dieses Krieges bewahrt. Im türkischen Kriegsministerium hängt eine Inschrift, die besagt: „Das Paradies liegt im Schatten des Schwertes“, mit andern Worten: Unsere höchsten Ziele müssen erkämpft werden, und nur der wird eine wirkliche Befriedigung von seinem Leben haben, der sich das Verdienst anrechnen darf, Mitkämpfer gewesen zu sein, im Felde oder daheim. Und auch Kameraden im Felde, gilt noch mehr als sonst das Wort vom Sieg und daher Kraft: Haltet aus im Sturmgebrause! und bleibt, was Ihr jetzt seid: deutsche Männer! Bleibt Eurer Organisation treu und arbeitet mit zur Parteienentwicklung und zu besseren Lebensbedingungen!

vom 21. Dezember 1916 aber durch ein Gegenvotum von 20 Abgeordneten. Die 20 Sezessionisten, denen Kautsky im wissenschaftlichen Organ der Partei und Dr. Ernst Meyer in der „Leipziger Volkszeitung“ den Weg zu ihrer Separation gewiesen haben, haben damit eine gefährliche Bahn beschritten, hinter der die Einheit der Partei und der Arbeiterbewegung liegt, deren Ende indes noch nicht abzusehen ist. Sie haben ein Präzedenz für jede Fraktionsminderheit, selbständig aufzutreten, geschaffen, das mit der Weiterführung einheitlicher Aktion unvereinbar ist. Welcher Art die Folgen dieser Absonderung auch sein mögen, sie fallen auf ihre Urheber zurück, und man wird die letzteren dafür gebührend zur Rechenschaft ziehen. Auch hatten wir die Arbeiterbewegung für gesund genug, um den warnenden Angriff auf ihre stolze Einheit zurückzuwerfen. Sollte sie sich ohnmächtig erweisen, dann wären die jahrzehntelangen Kämpfe um die Größe der deutschen Sozialdemokratie umsonst gewesen! Die Gewerkschaften werden, unbeirrt von der Haltung der Diebstahlgruppe, für die wirklichen Interessen der deutschen Arbeiter eintreten, wie dies während des bisherigen Kriegsverlaufs geschah. Sie werden, eingebend ihrer Vergangenheit, auch nicht ein Jota von den Grundfragen der Arbeiterbewegung aufgeben, sondern im Geiste ihrer Geschichte und Kämpfe weiter wirken an der Erfüllung ihrer Aufgaben und Ziele. Der Feind unsere Gewerkschaften nicht, der von ihnen glauben kann, sie würden nationalsozial oder harmoniebedürftig werden. Zu beiden haben sie keinerlei Beruf. Der aber täuscht sich erst recht in ihnen, der sie in den großen Lebensfragen der Arbeiterklasse beiseite zu schieben sucht. Die Zeiten sind längst vorüber, in denen die Partei über diese Dinge allein entscheiden konnte. Die Einheit der Partei geht auch die Gewerkschaften an, und diese dürfen nicht geneigt sein, auf erworbene Rechte leichterhand zu verzichten.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben den Wert und die Bedeutung der Organisation erfaßt und zur Genüge kennen gelernt. Sie wissen daher, daß zu deren Aufrechterhaltung Einigkeit und Disziplin in den eigenen Reihen die erste Voraussetzung ist. Im gemeinsamen Handeln liegt die Stärke jeder Aktion. Rücksichtslos muß daher auch allen Zersplitterungsversuchen entgegengetreten werden, wo nur immer sich solche bemerkbar machen; denn da gilt immer noch das Wort: Widerstehe den Anfängen!

Sozialpolitisches.

Reinhabeteiligung der Arbeiter. Die örtlichen Wertstätten von Reih in Jena, die mehrere tausend Arbeiter beschäftigen, lassen bekanntlich sämtliche Geschäftsangehörigen nach einem festgelegten System an dem von der Firma jährlich erzielten Gewinn teilnehmen. Dies geschieht in der Form einer Lohn- und Gehaltszahlung am Schluß des Jahres vor Weihnachten. Die höchste Nachzahlung betrug bisher 10 %. Im vorigen Jahre ist eine Nachzahlung unterblieben. Nunmehr hat die Geschäftsleitung mitgeteilt, daß sie für die Geschäftsjahre 1913/14 und 1914/15 eine Lohn- und Gehaltszahlung von je 6 % gewährt. Da es sich um eine Nachzahlung auf die gesamten Jahresdienste handelt, so kommt bei der großen Zahl der Beschäftigten (Beamte und Arbeiter) eine Summe in Frage, die sich nach Angabe eines Lokalblattes auf etwa 2 1/2 Millionen Mark beziffert. Bemerkenswert ist, daß die Kriegsteilnehmer, die vor dem 1. August 1914 im Dienste der Firma gestanden haben, an der Lohn- und Gehaltsnachzahlung voll teilnehmen, ohne Rücksicht darauf, ob sie seit Kriegsausbruch bei der Firma beschäftigt gewesen sind. Bei Berechnung ihres Anteils wird der wirklich von ihnen verdiente Lohn oder Gehalt um den Betrag erhöht, den sie bei normaler Arbeitszeit verdient hätten, wenn sie während der Dauer des Seeresdienstes bei der Firma beschäftigt gewesen wären. Dieser Berechnung wird der Durchschnittslohn des Jahres 1913/14 zugrunde gelegt. Bei den im Kriege Gefallenen wird die Zeit bis zum 30. September 1915 berücksichtigt. Die Anteile der zum Seeresdienst Einberufenen werden, soweit sie nicht persönlich andere Verfügung treffen, als Scharquitt haben bei der Fabrikparlatte angelegt. Erben von im Kriege Gefallenen haben auf die erhöhten Anteile ihrer Erblasser nur Anspruch, wenn sie zu den nach dem Pensionsstatut versorgungsberechtigten Hinterbliebenen gehören. Im übrigen beschränken sich ihre Ansprüche auf die ihrem Erblasser statutenmäßig zustehenden Anteile.

Genossenschaftliches.

Die Volksfürsorge im Kriegsjahre 1915. Die störenden Einwirkungen des Weltkrieges haben natürlich auch die Organisation der Volksfürsorge sehr hart getroffen. Sind doch seit Beginn des Krieges 458 Rechnungsführer zu den Waffen gerufen worden, für die nicht immer leicht Ersatz zu finden war. In 26 Verwaltungsstellen haben sich in dankenswerter Weise Frauen zur Übernahme der Geschäfte bereit erklärt. Es ist angefangen dieser Bemühungen ein ebenso hoch erfreulicher Beweis für den Eifer der Funktionäre der Volksfürsorge wie für das Vertrauen der Arbeiter zu derselben, daß im Jahre 1915 noch 1 055 8 neue Versicherungsanträge zur Bearbeitung gebracht wurden und am Schluß des Jahres 1915 noch über 1 700 000 Versicherungen in Kraft waren. Die Tatsache, daß dieses Resultat in einer einjährigen Friedensarbeit und nach eininhalbjähriger Kriegsdauer erreicht und erhalten werden konnte, bestätigt die Hoffnung, daß die Volksfürsorge ihren soliden Bestand über den Krieg hinaus erhalten wird und eine gesunde Basis für einen raschen und glänzenden Aufbau in der kommenden Friedenszeit liefern wird.

In der Volksfürsorge-Kriegsversicherungsliste sind bis zum Schluß des Jahres 1915 für 43 590 Kriegsteilnehmer 64 090 Anteilsscheine erworben und dafür im ganzen M. 320 450 eingezahlt worden, welcher Betrag restlos nach Schluß des Krieges unter den Familien der gefallenen oder an den Folgen des Krieges gestorbenen Kriegsteilnehmer zur Verteilung gelangt.

Ueber drei Millionen Mark Dividende und Tantiemen an ihre Aktionäre und Aufsichtsräte zahlt die seit 85 Jahren bestehende Münchener Rückversicherungsgesellschaft für das Kriegsgeschäftsjahr vom 1. Juli 1914 bis 30. Juni 1915. Der Geschäftsbericht des Vorstandes sagt über das finanzielle Geschäftsergebnis wörtlich folgendes:

An Gewinn erzielen wir in der

Lebensversicherung	M. 112 371,50
Unfall- und Haftpflichtversicherung	1 186 764,84
Transportversicherung	179 002,89
Feuer-, Hagel- und sonstigen Sachversicherung	4 130 666,01
Diesem Gewinn treten die Vermögenserträge mit	8 046 157,71
die Aktienumschreibgebühren mit	1 611,—
hinzu, so daß mit dem Gewinnvortrage von 1913/14 von	2 888 568,85

sich ein Bruttogewinn ergibt von M. 12 445 232,82 davon ab für Verwaltungskosten, Steuern und Abschreibungen auf Wertpapiere M. 4 817 366,84 demnach verbleibt ein Nettoüberschuß von M. 7 627 865,98

Im Vorjahre betrug der Nettogewinn nur M. 4 986 507,75. Davon erhalten nach dem Antrag des Vorstandes die Aktionäre als vierzigprozentige Dividende M. 3 000 000, die sieben Aufsichtsratsmitglieder als Tantiemen M. 164 245,12 (M. 28 460 pro Mann), der Reserve für unvorhergesehene Ereignisse werden M. 1 000 000 angeführt, für neue Rechnung werden vorgetragen M. 3 013 620,86, für Zwecke der Kriegsfürsorge werden wie im Vorjahre M. 150 000 bereitgestellt und als Zuwendung an die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen M. 800 000 verwendet.

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehören an: Die drei Reichsräte der Krone Bayerns W. v. Fink, Freiherr v. Cramer-Platt, Ritter v. Kassei, Geh. Hofrat Dr. v. Premsel, der frühere bayerische Minister v. Willner, der frühere Präsident des Kaiserlichen Aufsichtsamtes für Privatversicherung Dr. Gruner und der jetzige Präsident des Reichstages Dr. J. Kaempf.

Vom Ausland.

Der amerikanische Gewerkschaftskongress.

In San Francisco (Kalif.), der Weltausstellungstadt, hat die jährliche Generalversammlung der amerikanischen Zentralgewerkschaften (American Federation of Labor) am Montag, 22. November, ihren Abschluß gefunden. Eigentlich sollte eine internationale Zusammenkunft aller Gewerkschaftsverbände der Welt stattfinden; doch infolge des Weltkrieges kam es anders. England hatte zwei, Kanada einen Vertreter gesandt; ferner hatte Japan zwei Vertreter der sogenannten „Gesellschaft der Arbeiterfreunde“ geschickt. Insgesamt waren 500 Delegierte aus allen Teilen der Vereinigten Staaten anwesend. Aus dem Bericht des Präsidenten Samuel Gompers geht hervor, daß der allgemeine Stand der Federation zufriedenstellend sei und die noch bestehenden Zwistigkeiten zwischen einigen Gewerkschaftsverbänden wegen Ausführungen von gewissen Arbeiten von beiden Seiten geregelt werden können; jedoch hat die Centrale über 70 000 Mitglieder verloren. Die Exekutive unterbreitete dem Kongress in ihrem Bericht eine Reihe Vorschläge, von denen wir unter andern folgende hervorheben:

Daß nach beendeten Kriege in Europa, und um einen dauernden Frieden zu sichern, in den Vereinigten Staaten ein allgemeiner Arbeiterkongress stattfinden solle, zu welchem die Arbeiter aller Länder eingeladen werden, Delegation zu entsenden, und wird im weiteren empfohlen: Daß bessere Beziehungen zwischen den Arbeitern von Süd- und Nordamerika gewünscht werden. Daß die Organisation von Frauen in Unions mit größerem Nachdruck betrieben werde. Daß alle Lohnarbeiter sich bemühen, den Achtstundentag zu erringen. Daß der Erlaß von Gesetzen befürwortet werde, laut welchen es allen Arbeitgebern oder Firmen verboten sein soll, bewaffnete Streikbrecher zu beschäftigen. Daß ein Bureau für Sicherheit in Arbeitsplätzen unter dem Handelsdepartement etabliert werde. Den Erlaß eines Gesetzes zu befürworten, welches den Zivildienstangehörigen gestattet, sich zu organisieren, wie auch ein Gesetz, laut welchem es verboten wird, Waren, die von Kindern oder Sträflingen hergestellt wurden im zivilisierten Handel zu verkaufen, sowie ein Gesetz, wodurch die Einwanderung beschränkt und die Ausbildung von Arbeitern für gewerbliche Zwecke in jedem Staat geregelt werde. Ferner wird die Errichtung von Arbeitsnachweisbureaus empfohlen und befürwortet, daß die Bundesregierung einzelnen Städten Gelder zum Bau von Arbeiterwohnungen vorstrecke.

Der Bericht befaßt sich eingehend mit dem Thema des internationalen Friedens und Krieges, und sagt unter anderm:

„Aus aller dieser grimmigen und tödlichen Feindschaft ist eine Intensität von Stimmung, Massenwut und Bitterkeit entstanden, die alle Bemühungen um Frieden einstweilen unpraktisch und nutzlos macht. Indessen sind die ökonomischen Bande, welche die Nationen der modernen Zivilisation umschlingen, so stark, so zahlreich und so durchwoben, daß das Leben und die Interessen irgendeines Landes notwendigerweise alle andern Länder berühren und es irgendeiner Nation unmöglich machen, isoliert zu bleiben. Zum Schutze amerikanischer Bürger war es notwendig, den ausländischen Handel fortzusetzen. (Mit Munition und Waffen! Die Redaktion.) Es hat sich in diesem Lande und in einigen andern Ländern ein Gefühl entwickelt, welches für die Wirkungen unseres ausländischen Handels außerst empfindlich ist. Entsprechend dieser Empfindung wird der Handel der Nationen mit bestimmten Produkten versorgt, in gewissem Grade wenigstens, für den Krieg selber und für den Verlust an Menschenleben verantwortlich. Diejenigen, welche diese Überzeugung haben, fühlen, daß ein Embargo auf solche Produkte gelegt und aller Handel in diesen Dingen, welche es Europa er-

möglichen, das Ringen fortzusetzen, verboten werden sollte. Aber diese Personen ziehen die verheerende Wirkung auf die Arbeiter sowie Bürger dieses Landes nicht voll in Betracht, die aus solcher Handelsbeschränkung und Diskrimination entstehen würde, welche so viele Industrien niederlegen und Tausende von Männern, Frauen und Kindern unseres Landes der Entbehrung aussetzen würde. (Das ist kennzeichnend für den Geist dieses Kongresses, handelt es sich doch hauptsächlich um Kriegslieferung. Die Mediation.) Friede kann nicht wiederhergestellt werden, wenn die europäischen Nationen nicht willig sind. Die in dem Kriege engagierten Nationen haben das Recht, ihre eigene Politik zu bestimmen und die amerikanische Arbeiterbewegung propäandiert keinerlei Störung dieses Rechts jeder Nation. Der Krieg wurde durch Umstände und Einflüsse verursacht, für welche wir nicht verantwortlich sind und über welche wir jetzt zu diskutieren haben. Was uns jedoch angeht, ist die Reorganisation nach dem Kriege und das Streben nach internationaler Gerechtigkeit und dauerndem Frieden zwischen Nationen.

Eine Unmasse Resolutionen wurden eingereicht -- doch fanden die meisten keine Gnade. Eine Ausnahme bildete diese, die sich auf einen Organisator der Industrie-Arbeiter der Welt bezog. Derselbe sollte im Staat Utah einen Mond begangen haben, und wurde zum Tode durch Erschießen verurteilt. Man verlangte Gnade von dem Gouverneur des Staates, doch das Verlangen wurde abgewiesen und die Erschießung fand statt. Der Erschossene, J. Hillstrom, war von Geburt Schwede, kam früh nach dem gelobten Lande, schloß sich der Arbeiterbewegung an und war für die Industriearbeiter der Welt sehr tätig. Auch in literarischer Arbeit leistete er sehr viel Gutes; hauptsächlich sind seine Gedichte sehr merkwürdig wert.

Die weiteren Verhandlungen zeigten, daß der alte konservative Geist im allgemeinen den Kongreß beherrschte, daß selbst von den sogenannten fortschrittlichen Delegierten wenige Versuche gemacht worden sind, um etwas mehr Leben und einen freien Geist in diese Organisationen hineinzubringen. Der Präsident Samuel Gompers und die übrigen Angestellten wurden wiedergewählt.

Beschlossen wurde noch, nach dem Kriege hier einen Friedenskongreß abzuhalten.

Der Exekutiv-Ausschuß der American Federation of Labor wurde beauftragt, die nötigen Vorbereitungen zu treffen.

Der Kongreß billigte noch die seitens des Exekutiv-Ausschusses in seinem Bericht ausgedrückten Äußerungen. Auf der Friedenskonferenz sollen die amerikanischen Gewerkschaften durch Präsident Gompers und einem andern vom Ausschusse zu wählenden Mann vertreten sein.

Ein neuer Schritt wurde getan in der Annahme eines Vorschlages, daß, wenn internationale Beziehungen wieder aufgenommen sind, ein Präsident einer internationalen Arbeiter-Föderation gewählt werde, damit in Notfällen jemand da sei, für irgend eine nicht angegeschlossene nationale Arbeiter-Vereinigung zu fungieren. Der nächste internationale Arbeiterkongreß ist eingeladen, in Amerika zu tagen.

Die nächste Generalversammlung findet 1916 in Baltimore (Ohio) statt.

Es wurde erwartet, daß auch von seiten Gompers Stellung gegenüber Deutschland genommen würde, indem schon wochenlang vor dem Kongreß solche Andeutungen in der Presse laut wurden; doch war dies nicht der Fall. S. Gompers, der über 60 Jahre alt ist, ist in London von holländischen Eltern geboren. Als Kind kam er nach Amerika, wo er zuerst als Zigarrenmacher tätig war. Seine Sympathie ist auf seiten Englands, daher ist er auch für die Ligation betreffs eines Munitionsausfuhrverbots nicht zu haben. A. H.

Verschiedenes.

Von Schmutzger überflutet. Wie bringt man bei dem vorzeitigen Ausfuhrverbot vier Tonnen Leinöl über die Grenze, ohne von einem Grenzwachbeamten wegen Schmutzgerl angegriffen zu werden? Der Mann, den dieses Problem beschäftigt hatte, verfiel, wie der Wiener Arbeiterzeitung aus Holland berichtet wird, auf die lustigste Idee, es mit Hilfe der Behörden selbst zu lösen. Ein biederes, treuherziges Neuzug unterstüßte dabei sein Vorhaben. Der Mann erschien also in einem der holländischen Grenzwachbüros und bat dort beiseite, um einen Erlaubnischein, um Leinöl über die Grenze führen zu dürfen. Der Leutnant sah den Mann nicht wenig verwundert an. Der mochte wohl nicht bei Drogen sein. „Nein, besser Mann, daraus wird nichts.“ „Aber es ist ja nicht für Ausfuhr,“ fuhr der andere beiseite fort. „Na, für was denn soll es sein?“ fragte der Leutnant. „Na, sehen Sie, mein Herr,“ jagte der Vorkäufer. „Es ist zwar nicht mein Geschäft, aber der Herr Sachse hat mich darum gebeten, und ich soll es jetzt tun, solange es noch noch weiter ist. . . . Räumlich die Kirche, die da draußen im Felde steht, mit Del anzureichen. . . . Von außen natürlich, dann haben die Innenräume nicht so durch die Feuchtigkeit zu leiden. . . . Der Mann erwiderte alles so treuherzig, daß der Beamte -- vielleicht hat es auch ein frommer Mann, der dem Nachbar gern gefällig sein möchte -- schwach wurde. Aber allein machte er nicht die Verantwortung übernehmen und den Leinöl für das verbotene Produkt ausstellen. Er sagte also dem Mann, er möge sich nach ein wenig Geld, bis sein Kollege käme, mit dem wolle er die Sache besetzen. „Ja, mein Herr, wenn es aber dann zu regnen beginnt?“ fragte der andere. „Dann kann ich die Kirche wieder nicht wieder, denn der feuchte Stein nimmt kein Del an.“ Der Leutnant bedankt sich. „Wieviel Tonnen Leinöl brauchen Sie denn?“ fragte er zögernd, der andere: „Fünf Tonnen. Die Kirche muß fest geschrieben werden.“ „Na, in Gottes Namen,“ jagte der Beamte, „so will ich zwar den Erlaubnischein geben.“ Der Mann nahm das amtliche Papier und verschwand. Die Kirche aber stand bis heute auf dem Delanrich.

Auch eine Kriegsklinge. Unter der Stichmarke „Die gute Wäsche“ erzählt eine Lehrerin in der „Straßburger Post“: „Die Feldfrauen, die auf dem vielumstrittenen Hartmannswillerkopf kämpften, kommen an Mühetagen öfter in einen im Operationsgebiet liegenden elfsässigen Ort, wo sie ihre alte Wäsche gegen frische eintauschen. In dem großen Betriebe ist es natürlich unmöglich, daß jeder seine eigene wiedererhält. Die jungen Leuten sind zufrieden, was sie erhalten, die älteren, verheirateten Leute sehen die Sache aber schon kritischer an. Kam da nun einmal ein Verheirateter an den Wäscheplatz. Er wählt und wählt und nichts ist ihm an der Wäsche gut genug. Schon wird die den Betrieb leitende Dame etwas ungeduldig. Da meint der Wehrmann etwas vorlegen: „No, wissen Sie, i war so schön a'friede, aber b'heim mei Alte, die hat g'sagt, daß de mer nur bei neie gute Wäsche aus 'm Krieg wiederbringst!“ Das klang sehr ängstlich, und mich dauerte der arme Landwehrmann, der täglich sein Leben aufs Spiel setzt und dessen Frau daheim um -- die gute Wäsche bangt! . . .“

Leider wird in dieser Darstellung nur die humoristische Seite gezeigt, wie der arme Landwehrmann vor seiner „Alten“ mehr Angst wie Vaterlandsliebe besitzt, wie sich der Volksmund drastisch ausdrückt.

Die Sache hat aber doch eine viel ernstere Seite. Die Verichterfaterin scheint sich in Proletarierhaushaltungen etwas schlecht auszukennen, sonst würde sie wissen, daß recht viele Landwehr- und Landsturmmänner mit dem einzigen guten Hemd zur Kaserne gehen, daß ihr übriger Wäschevorrat recht häufig mehr oder weniger aus gestrichelten Stücken besteht, und so ist es nicht nur mit dem Hemden. Wohl die größere Hälfte aller Proletarier, die zur Kaserne berufen werden, wandern den Weg dahin auf dem einzigen Paar guter Stiefel, die sie im Besitze haben. „Proletariereigentum!“ Das ist ja gerade mit die traurigste Seite des Weltkrieges, die Millionen Stimmen des Bauerns ertönen läßt und die besonders dem Arbeiterkrieger so sehr ins Herz schneiden, daß draußen Millionenwerte vernichtet, daß die kostbarsten Dinge zu Staub und Asche verwandelt werden, während im Proletarierhause „ein neues Hemd“ ein Wertobjekt darstellt, auf dessen Besitz man bedacht sein muß und dessen Anschaffung in kinderreichen Familien oftmals recht schwer wird.

Fachliteratur.

Das Januarheft der deutschen Malerzeitung „Die Malpe“, Heft 10, Januar 1916, enthält Tafel 37: Dedé und Wand, entworfen von Oswald Klein in Breslau; Tafel 38: Treppenhauswand, entworfen von Hugo Fischer in Neubabelsberg; Tafel 39: Wandkalender für 1916, entworfen von Karl Leibig in München; Tafel 40: Dedé und Wand in Wiener Art, entworfen von Ludwig Reisinger in München. Im vorzüglich bearbeiteten textlichen Teil, auf den wir unsere Kollegen nicht oft genug aufmerksam machen können, schießt den berufstrendigen Kollegen eine reichhaltige, belehrende und aufklärende Quelle fachtechnischen und kunstgewerblichen Inhaltes. Da die Malpe unter den kunstgewerblichen Zeitschriften für die Angehörigen des Malergewerbes die anerkannt leistungsfähigste und hervorragendste ist, verdient sie auch die weiteste Verbreitung und regste Unterstützung aus allen Kreisen der Berufscollegen. Besonders hervorzuheben ist, daß der Abonnementspreis in Anbetracht der gesamten Verhältnisse ein billiger genannt werden muß und nur M 3 vierteljährlich beträgt. Jede Postanstalt nimmt Abonnements entgegen, oder man wende sich an den Verlag von Georg D. W. Callneß in München.

Literarisches.

Eine prächtige Neujahrs-gabe ist der vom Verlag der Vorwärts-Buchhandlung in Berlin zum vierten Male herausgegebene und auf das sorgfältigste bearbeitete „Vorwärts-Kalender“. Er ist das einzige zeitgenössische Druckwerk, welches alle Gedenktage der Arbeiterschaft gewissenhaft verzeichnet und im Verein mit seinem reichen statistischen Material eine fortlaufende Chronik der Arbeiterklasse darstellt.

Sein Kleid ist schlicht und einfach. In wahren, braunen Farbentönen bringt der „Vorwärts-Kalender“ den großen Gedanken der Erlösung aus starrer Winternacht, die Sehnsucht nach Frieden, Licht und Freiheit zum Ausdruck: Ein abgehärmtes Weib, eine Mutter mit dem Säugling an der Brust, rastet im verschneiten Land, während ihr Blick sich in die Ferne richtet, nach den blühenden Gefilden des Frühlings. Dort, jenseits der Not und des Leides schreitet ein Knabe zur Quelle, die aus blühendem Grunde springt. Es ist der Born des Lebens, die Zukunft sein silberklarer Strahl.

Die Vorderseiten seiner Blätter zeigen in großer, deutlicher Ziffer Datum sowie Tag und Monat an. In kultureller oder politischer Beziehung wichtige Geschehnisse werden hier erwähnt, ebenso Tageslänge und Mondwechsel, Ordnungszahlen für Woche und Tag und der übliche Raum für Notizen vervollständigen das Kalenderblatt.

Am wertvollsten aber ist der Inhalt der Rückseiten. Diese 366 Blätter geben dem Parteigenossen, dem Gewerkschafter, dem Arbeiter und seiner Familie vor allem ein umfassendes Bild über den augenblicklichen Stand und die Erfolge seines Aufwärtstrensens. Ernst Preckang, der in Arbeiterkreisen weit und breit bekannte parteigenössische Schriftsteller, hat hier mit unendlicher Mühe und peinlichster Sorgfalt ein Werk geschaffen, dem Besseres

kaum an die Seite gestellt werden kann. In zahlreichen Tabellen und Statistiken wird das Wachsen und Werden der Arbeiterorganisationen aller Länder und Völker, ihr langsamer aber sicherer Aufstieg zur politischen und wirtschaftlichen Macht dargelegt, wobei die freien Gewerkschaften Deutschlands ganz besonders eingehend behandelt wurden. Hier ist es wieder die Einwirkung des Krieges auf Mitgliederstand, Stangegebarung, Unterstützungswejen, Fachpresse und Werbetakt der einzelnen Organisationen, welche das Interesse jedes Arbeiters erregen. Nicht weniger Aufmerksamkeit wird der Konsum- und Genossenschaftsbewegung zuteil. Zwischen durch aber findet sich eine Fülle gut gewählter Zitate und Aussprüche berühmter Männer, Sprüche, Gedichte ernster und heiterer Art. Die Arbeiterschaft sollte sich daher ihres Kalenders recht oft erinnern, sollte ihm eine Heimstatt gewähren in jedem Partei- und Gewerkschaftsbureau, in jedem Versammlungslokal, in jedem Arbeiterheim, kurz und gut in jedem Raum, wo Arbeiter aus- und eingehen.

Der „Vorwärts-Kalender“ ist 80 x 40 cm groß und zum Preise von M 1.50 zu beziehen durch jede Partei- buchhandlung oder gegen Voreinsendung des Betrages auch direkt vom Verlag Vorwärts-Buchdruckerei, Berlin SW 68, Lindenstraße 8.

Bekanntmachung der Expedition.

Der heutigen Nummer liegt das Inhaltsverzeichnis für 1916 bei. Sollten die Filialen noch mehr Exemplare benötigen, so eruchen wir, diese zu bestellen. Fehlende Nummern des „Vereins-Anzeiger“ für 1915 müssen gleichfalls noch im Laufe dieses Monats nachbestellt werden.

Sterbetafel.

- Berlin, (Norden.) Am 31. Oktober starb der Kollege Theodor Welling, geboren am 6. Mai 1849 zu Wolbegl. -- (Sektion der Dactilerer.) Am 30. Dezember starb der Kollege Oskar Serpentin, geboren am 6. Mai 1867 zu Görlitz.
- Cassel. Am 9. Dezember starb unser langjähriger, treues Mitglied Hermann Strickrodt im Alter von 29 Jahren an Lungentuberkulose.
- Chemnitz. Am 18. Dezember starb unser Kollege Leonhard Ditz an einer Herzkrankheit.
- Edln. Am 17. Dezember starb der Kollege Hermann Ehrhardt, geboren am 18. Mai 1877 in Halle.
- Gotha, (Arnstadt.) Am 22. Dezember starb infolge Unglücksfalles unser treues Mitglied Oskar Böhm, Dactilerer.
- Plauen i. V. Am 19. November starb der Kollege Christian Fix, geboren am 6. August 1868 zu Jllingen.

Ehre ihrem Andenken!

Vereinstell.

Bekanntmachungen.

Vom Beginn dieses Jahres ab gibt, wie bereits in der vorigen Nummer des „Vereins-Anzeiger“ bekanntgemacht worden ist, die Generalkommission der Gewerkschaften ein gewerkschaftliches Frauenblatt heraus, das dazu beitragen soll, die Arbeiterinnen für die gewerkschaftlichen Organisationen zu interessieren. Darüber hinaus soll es aber auch Aufklärung unter den nicht erwerbstätigen Frauen der organisierten Arbeiter verbreiten. -- Mit dieser Sendung des „Vereins-Anzeiger“ stellen wir den Filialen eine größere Anzahl der ersten Nummer der neuen Frauenzeitung zur Verteilung an unsere weiblichen Berufscollegen und an die Frauen unserer Mitglieder zu. Von den folgenden Nummern der alle zwei Wochen erscheinenden, eine lezensreiche Wirksamkeit versprechenden Zeitschrift senden wir dann den Filialen ein beziehungsweise einige Exemplare regelmäßig zur Information für die Verwaltung zu.

Weitere Exemplare können durch den Verbandsvorstand zum Preise von 20 M pro Vierteljahr bezogen werden. Die Mitglieder müssen ihre Abonnements bei der Filialverwaltung aufgeben. Die Abonnementsbeträge sind vorher einzufenden. Der Verbandsvorstand.

Bericht der Hauptliste vom 27. Dezember bis 3. Januar.

Eingekandt haben für die Hauptliste: Frankfurt a. M. M. 200, Neumünster 50, Girschberg 20, Kiel 300, Jena 150, Werdau 52, Potsdam 33,40, Spandau 50, Schwerin 141,50, Leipzig 259,50, Plauen 200, Breslau 2,10.

Damit schließen die Einnahmen für das 4. Quartal.

Eingekandt wurde vom 4. bis 8. Januar für das 1. Quartal: Hoyerswerda M. 14, Bernburg 15, Dnaburg 80, Kolberg 10, Schleswig 73,10.

Die Woche vom 16. bis 22. Januar ist die 3. Beitragswoche.

Berichtigung. In voriger Nummer ist die Woche vom 9. bis 15. Januar irrtümlich als die 1. statt als die 2. Beitragswoche bekanntgegeben. P. Wenker, Kassierer.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 2 des „Correspondenzblattes“ bei.

1a Terpentin-Ersatz - 1a Firniss-Ersatz
 liefert frisch so lange Vorrat reicht
Gebrüder Nussbaum,
 25 Rempperte Offerte gratis! 25
 Tuba.

Bekanntmachung der Arbeiterkassen
 im Holz- u. Metallgewerbe
 Erklärungen im Selbstverlag des Verbandes. Ladenpreis der Broschüre M. 1. Mitglieder erhalten Vorzugspreis.